

## Initiativantrag

Antragsteller: Alexander Sohn | Stützunterschriften auf der Rückseite.

### **Titel: Für die Energiewende – gegen eine Beteiligung an der Pro-Kohle Kampagne des DGB**

[Der hier behandelte Sachverhalt war zum Zeitpunkt des Antragsschlusses noch nicht bekannt]

### **Beschluss: Für die Energiewende – gegen eine Beteiligung an der Pro-Kohle Kampagne des DGB**

Die ver.di-Lbz FB 05 Konferenz NdsHB beschließt,

- a) dass die Gewerkschaft ver.di ihre Unterstützung der DGB-Kampagne "*Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze*" zurückzieht.
- b) Sich die Gewerkschaft ver.di verstärkt einsetzt für bezahlbaren Strom aus arbeitsplatzintensiven regenerativen Energien, und
- c) den Erhalt und den Ausbau guter Arbeitsplätze im regenerativen Energiesektor.
- d) Dass die Gewerkschaft ver.di die Gefahren des Klimawandels und die damit verbundenen Gefahren für Menschen und Umwelt, den Wasserhaushalt und die Nahrungsmittelproduktion klar benennt, und
- e) sich verstärkt öffentlich einsetzt für die Nutzung regenerativer Energien zur Vermeidung des Ausstoßes von Treibhausgasen.

Ängste um Arbeitsplatzverlust der Beschäftigten in der auslaufenden Kohleindustrie sind ernst zu nehmen. Bei einer für die Menschheit zentralen Schicksalsfrage wie der Einhaltung der zwei Grad-Grenze darf jedoch nicht der Erhalt von Arbeitsplätzen *um jeden Preis* die Lösung sein, sondern es muss um die Forderung nach *qualifizierten, guten und auch gut bezahlten Arbeitsplätzen* gehen, z.B. in der regenerativen Energiewirtschaft, die zudem arbeitsplatzintensiver und zukunftsfähig ist!

### **Begründung**

Diese neue öffentliche Positionierung ist notwendig geworden, nachdem ver.di den Aufruf "*Für bezahlbaren Strom und gute Arbeitsplätze*" mitträgt, der von der IG-Bergbau-Chemie-Energie initiiert und von weiteren Einzelgewerkschaften und dem DGB unterstützt wird. Dieser Aufruf schürt mit der suggestiven Formulierung "*Was nicht geht, ist einen Energieträger nach dem anderen ersatzlos abzuschalten*" Ängste und warnt fälschlich vor vermeintlich negativen Folgen einer politisch durchgesetzten Reduktion des CO<sub>2</sub> Ausstoßes bei der Verstromung fossiler Energieträger.

Statt Ängste zu nehmen wird durch die DGB Kampagne der falsche Eindruck erweckt, dass der Ausbau der regenerativen Energien den Strom *automatisch* unbezahlbar mache und die regenerative Energiebranche keine guten Arbeitsplätze bereitstellen könne. Eine nachweislich falsche Aussage, die die regenerativen Energien gegen die Kohleverstromung ausspielen soll! Auch die Formulierung im DGB-Aufruf für "*eine Energiewende mit Wachstum und Klimaschutz*" wird so zu einem reinen Lippenbekenntnis, um die möglichst unveränderte Nutzung fossiler Brennstoffe zu rechtfertigen.

Die neue öffentliche Positionierung ver.di ist unumgänglich, da der Aufruf inhaltlich und wegen des gewählten Zeitpunktes gegen die von Wirtschaftsminister Gabriel ins Spiel gebrachte Verringerung des Ausstoßes von 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> Stimmung macht - ein angesichts der Dringlichkeit für Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen unverantwortliches Vorgehen.

Die von der Bundesregierung angestrebte Reduktion des CO<sub>2</sub> Ausstoßes ist ohnehin nur ein schwaches Signal an die Energiewirtschaft, und eine absolute Untergrenze, um das ohnehin wenig ehrgeizige Klimaschutzziel der Bundesregierung überhaupt erreicht zu können.

Zur Weiterleitung an die Lbz Konferenz